

Niederschrift

INFO/HAUPT/X/001

Digitale Informationsveranstaltung des Hauptausschusses der Stadt Korschbroich

Donnerstag, 29.04.2021, 18:00 Uhr

Tagesordnung

I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Benennung eines Mitglieds zur Mitunterzeichnung von Dringlichkeitsentscheidungen
2. Antrag Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021
hier: Behandlung der Petition Skateranlage
3. Antrag Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021
hier: Installation von Photovoltaik-Anlagen
4. Antrag Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021
hier: Öko-Strom
5. Antrag Ratsfraktion Die Aktive vom 12.04.2021
hier: Fortführung der Grundwasserverträge
6. Darlehensbericht zum 31.12.2020
Vorlage: X/0116
7. Vorlage des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 nebst Anhang und Lagebericht gemäß § 95 GO NRW
Vorlage: X/0133
8. Vorlage des Controllingberichtes der Stadt Korschbroich zum 15.04.2021 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen
Vorlage: X/0139
9. Überörtliche Prüfung der Stadt Korschbroich im Jahr 2020
hier: Stellungnahme der Verwaltung zu den Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW im Prüfbericht

- Vorlage wird nachgereicht -
Vorlage: X/0040/2

10. Verzicht auf Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung an Schulen für die Monate Mai und Juni 2021 aufgrund der Corona-Pandemie
Vorlage: X/0145
11. Antrag Ratsfraktionen CDU und SPD vom 28.04.2021
hier: Anschaffung von CO2-Ampeln
12. Mitteilungen
13. Anfragen

Anwesenheitsliste

CDU-Ratsfraktion

Berger, Peter	Ausschussmitglied; 2. stellv. Ausschussvorsitzender
Frye, Uwe	Ausschussmitglied
Kartarius, Dirk	Ausschussmitglied
Kauerz, Wolfgang	Ausschussmitglied
Krappa, Gerd	Ausschussmitglied
Scheufeld, Bernd	Ausschussmitglied
Siegers, Thomas	Ausschussmitglied; 1. stellv. Ausschussvorsitzender

SPD-Ratsfraktion

Knuppertz, Marcel	Ausschussmitglied
Meyer, Lena	Ausschussmitglied
Richter, Albert	Ausschussmitglied

Ratsfraktion Die Aktive

Endell, Hanns-Lothar	Ausschussmitglied
----------------------	-------------------

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Andretzky, Jochen	Ausschussmitglied
Edelburg, Julia-Kathrin	Ausschussmitglied
Pesch, Jörg	Ausschussmitglied

FDP-Ratsfraktion

Betz, Thomas Christof	Ausschussmitglied
-----------------------	-------------------

Ratsfraktion LINKE/Zentrum

Hübgens, Wolfgang	Ausschussmitglied
-------------------	-------------------

Verwaltung

Venten, Marc	Bürgermeister
Dückers, Thomas	Beigeordneter Stadtkämmerer
Onkelbach, Georg	Beigeordneter
Drohen, Markus	Leiter Amt 10
Kreuels, Carolin	Schriftführerin

Niederschrift

Der Bürgermeister Marc Venten eröffnet die 1. digitale Informationsveranstaltung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich.

I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Benennung eines Mitglieds zur Mitunterzeichnung von Dringlichkeitsentscheidungen

Zur Mitunterzeichnung eventuell notwendiger Dringlichkeitsentscheidungen wird Julia-Kathrin Edelburg (Bündnis 90/Die Grünen) benannt.

2. Antrag Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021 hier: Behandlung der Petition Skateranlage

Bürgermeister Marc Venten stellt den vorliegenden Antrag kurz vor.

Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass die Petition viele sehr beschäftigt habe. Bislang seien die Belange der Petenten jedoch nicht thematisiert worden. Er halte es für keine gute Entwicklung, dass die neue Skateanlage und damit die Jugend in eine Randlage abgedrängt würden. Für die Jugend gebe es nur ein eingeschränktes Angebot. Die Stadt hätte einen zweiten Treffpunkt installieren können. Er bittet darum, alle rechtlichen Möglichkeiten zum Erhalt der Skateanlage auszuschöpfen. Im Internet im Kinderspielplatznavigator seien andere beklagte Anlagen als Beispiele zu finden. Daher sei es geboten, die Anlage weiterhin zur Verfügung zu stellen. Dennoch befürworte er das Ersatzangebot, auch wenn er den Standort an der Waldsporthalle für nicht ideal halte.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass die Entscheidung über den Ersatzstandort auf der Tagesordnung des Ausschusses für Sport, Kultur und Jugend am 22.04.2021 gestanden habe. Die Sitzungsvorlage für diesen Tagesordnungspunkt sei nachgereicht worden. Der Umgang mit dem Altstandort sei ebenfalls Teil des Beschlussvorschlages, der mit Mehrheit beschlossen worden sei, gewesen. Gleiches gelte für den neuen Standort. Daher sei ihm unklar, was noch im Fachausschuss beraten werden soll. Das Thema sei bereits erledigt.

Jochen Andretzky entgegnet, dass auf der Tagesordnung lediglich der neue Standort gestanden habe. Daher hätten die Petenten nicht gewusst, dass auch der Altstandort behandelt wurde. Die Anliegen der Petenten seien noch nicht im erforderlichen Umfang behandelt worden.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass die Petition bereits besprochen worden sei.

Thomas Siegers (CDU) erklärt, dass das Thema voll umfassend beraten und diskutiert worden sei. Sinn der Petition sei in erster Linie gewesen, ein Signal zu setzen. Die Petition sei am Tag des ersten Presseberichtes gestartet worden. Zu diesem Zeitpunkt sei noch vieles unklar gewesen, nun sei jedoch alles geklärt. Die überwiegende Mehrheit der Unterzeichner sehe das Ziel

der Petition als erfüllt. Man habe eine gute Lösung gefunden, dies sollte nun akzeptiert werden, auch, wenn nicht jeder die Lösung befürworte.

Marcel Knuppertz (SPD) wehrt sich gegen den Vorwurf, die Petition nicht ernst zu nehmen. Seit dem Start der Petition sei viel bewegt worden. Bei der Gesamtbetrachtung aller Umstände könne von einem gesunden und vernünftigen Kompromiss gesprochen werden.

Jochen Andretzky widerspricht dem, dass er einen Vorwurf erhoben habe. Die Petition sei bisher nicht mit einer ordentlichen Einladung behandelt worden. Es gebe weiterhin Diskussionen. Diese sollten daher an der entsprechenden Stelle geführt werden.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass die Petition am 25.03.2021 im Hauptausschuss behandelt worden sei, als diese auch auf der Tagesordnung gestanden habe. Er habe die Initiatorin der Petition auf diesen Termin hingewiesen. Dann hätten Beratungen im Fachausschuss stattgefunden. Er wisse nicht, was noch entschieden werden sollte.

Thomas Betz (FDP) verwehre sich gegen den Vorwurf aus dem Antrag, die Jugend nicht mit aktiv eingebunden zu haben. Es hätten mehrere Jugendkonferenzen zur Einbindung der Jugend stattgefunden. Der Petition sei man gerecht geworden.

Thomas Siegers habe es nicht so wahrgenommen, dass nicht alle zufrieden seien. Hinsichtlich der Berichterstattung in der Presse könne es sich um ein Missverständnis handeln. Der Brief des Vereins sei vom 21.04.2021. Am 24.04.2021 habe der Fachausschuss dann den Großteil der Forderungen des Vereins beschlossen, wie bspw. den Erhalt des Basketballkorbes. Zudem werde die Jugend nicht an den Rand gedrängt. Für viele sei der neue Standort näher. Zudem handle es sich nicht um eine Ortsrandlage.

Jochen Andretzky merkt an, dass der Pressebericht in Interviewform geschrieben gewesen sei und er daher angenommen habe, es handle sich um aktuelle Anliegen. Er bittet darum, die Möglichkeit, den alten Standort der Skateanlage als Kinderspielplatz zu erhalten, zu prüfen. Kleinere Kinder würden nicht am neuen Standort spielen können. Für diese jüngere Gruppe solle der alte Standort erhalten bleiben.

Bürgermeister Marc Venten entgegnet, dass auch darüber bereits ausführlich gesprochen worden sei. Zudem habe Jochen Andretzky den Rechtsanwalt Dr. Bank nach der Möglichkeit zum Erhalt der Anlage für Kinder gefragt. Es müsse zwischen der Streetball- und der Skateanlage unterschieden werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte letzte Woche in der Sitzung des Fachausschusses einen Antrag stellen können, die Anlage für Kinder bis 14 Jahre zu erhalten. Nun seien die Dinge entschieden, sodass die Beschlussfassung rückgängig gemacht werden müsste. Im Fachausschuss habe es allerdings ein anderes Votum gegeben.

Nach Abfrage durch den Bürgermeister Marc Venten folgt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Beschlussvorschlag des Antrages, die Ratsfraktionen CDU, SPD und FDP sprechen sich gegen den Beschlussvorschlag aus, die Ratsfraktion Die Aktive enthält sich.

3. Antrag Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021 hier: Installation von Photovoltaik-Anlagen

Jochen Andretzky erläutert, dass der Antrag an die Diskussion im Ausschuss für Bau und Energie anknüpfe. Bei den Dächern gebe es viele geeignete Flächen für Photovoltaik-Anlagen. Bzgl. des Hinweises der Verwaltung, dass die Politik Prioritäten setzen müsse, wolle man nun eine Entscheidung treffen und eine klare Richtung vorgeben.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass der richtige Ausschuss für diesen Antrag der Ausschuss für Bau und Energie sei. Er sehe keine besondere Dringlichkeit, die eine Beschlussfassung durch den Hauptausschuss erfordere. Daher sollte der Antrag in den zuständigen Ausschuss verwiesen werden. Weiterhin weist er darauf hin, dass der Beschluss mit Investitionskosten verbunden wäre, hierfür jedoch keine Mittel im Haushalt veranschlagt seien und daher ein Deckungsvorschlag im Antrag gemacht werden müsste.

Thomas Siegers halte es für befremdlich, das Thema nur auf Initiative der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zu behandeln. Vor über einem Jahr habe man sich interfraktionell über den Klimaschutz abgestimmt. Merkwürdig sei auch, dass der Antrag eine Woche vor der nächsten Sitzung des Klimabeirats gestellt würde. Der Antrag sein inhaltlich sinnvoll. Er bittet jedoch um eine strukturierte Vorgehensweise. Die Prioritäten sollten im Klimabeirat gesetzt werden, um Zeit und Geld einzuplanen.

Marcel Knuppertz merkt an, dass Umweltschutz bei allen Fraktionen auf der Agenda stehe. Man habe sich darauf verständigt, ein gemeinsames Klimaschutzkonzept zu erstellen. Grundsätzlich handele es sich um eine gute Idee, die allerdings in das Klimaschutzkonzept aufgenommen werden könnte. Die Installation einer Photovoltaik-Anlage auf dem Gebäude Don-Bosco-Straße könnte vorgezogen werden, da es ohnehin saniert werde. Darüber hinaus bittet er darum, das Klimaschutzkonzept abzuwarten.

Jochen Andretzky weist darauf hin, dass heute eigentlich der Hauptausschuss mit den Entscheidungsbefugnissen des Rates getagt hätte. Man habe den Antrag bewusst an den Rat gerichtet. Der Antrag richte sich nicht an den Hauptausschuss. Er stimmt zu, dass die Maßnahmen in das Klimaschutzkonzept gehörten. Dieses werde möglicherweise erst im Sommer verabschiedet. Die Maßnahmen sollten jedoch nicht vor sich hergeschoben werden. Die Sitzung des Klimabeirates finde leider nicht öffentlich statt. Daher bleibe nur die Möglichkeit, den Antrag im Rat und den Ausschüssen zu stellen.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass gemäß der Zuständigkeitsordnung dennoch Fachthemen in den entsprechenden Fachausschüssen diskutiert werden müssten, egal ob der Antrag an den Hauptausschuss oder den Rat gerichtet sei. Der Antrag gehöre auf die Tagesordnung des Fachausschusses. Die nächste Sitzung sei Ende Juni. Er empfehle den Antrag im Fachausschuss zu behandeln. Der Antrag könne in den Ausschuss verwiesen oder von der Fraktion selbst umgestellt werden.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers weist darauf hin, dass in den Antrag die finanziellen Auswirkungen aufgenommen werden müssten, damit dieser zulässig werde. In jeder Sitzungsvorlage der Verwaltung würden auf Anregung der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen seit einiger Zeit die finanziellen Auswirkungen aufgeführt. Der Antrag würde daher den eigenen Anforderungen der Ratsfraktion nicht gerecht.

Albert Richter (SPD) erklärt, dass das Thema im Fachausschuss bereits beraten worden sei. Die Verwaltung habe darauf hingewiesen, die Kosten und die personellen Ressourcen der Verwaltung zu prüfen. Man habe sich darauf verständigt, die weitere Prüfung abzuwarten. Weitere Anträge und das Vorziehen von Maßnahmen seien kontraproduktiv. Er schlägt vor, den Antrag im Fachausschuss aufzunehmen.

Jochen Andretzky erklärt sich mit der Verweisung in den Ausschuss für Bau und Energie einverstanden. Er weist darauf hin, dass die Verwaltung einen konkreten Handlungsplan wolle. Die Finanzierung des Antrages würde nachgereicht.

Thomas Betz erklärt, dass die Maßnahmen in ein gesamtheitliches Konzept gehörten. Es sollten nicht nur Leuchtturmprojekte umgesetzt werden. Die Themen müssten behandelt werden, wie es besprochen sei und nicht vorgezogen werden.

Julia-Kathrin Edelburg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass Leitbilder und Maßnahmen für das Klimaschutzkonzept im Fachausschuss besprochen würden. Die Reihenfolge stünde jedoch nicht im Konzept. Daher habe man mit dem Antrag einen ersten Aufschlag machen wollen.

Bürgermeister Marc Venten erkundigt sich, ob der Antrag so behandelt werden soll, als wäre er für den Ausschuss für Bau und Energie gestellt worden, was Jochen Andretzky bejaht.

4. Antrag Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2021 hier: Öko-Strom

Jochen Andretzky merkt an, dass der Antrag für sich spreche. Hier liege zudem eine unabwiesbare Dringlichkeit vor, da die Ausschreibung unmittelbar bevorstehe. Daher sei man gezwungen, den Antrag jetzt zu stellen. Die Beratung im Fachausschuss käme zu spät. Bei der Umstellung auf Öko-Strom könnten 1.000 Tonnen CO₂ vermieden werden. Die Dringlichkeit sei hoch.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass die Beratung im Ausschuss für Bau und Energie zeitlich ausreiche, um das Verfahren in Gang zu setzen und eine Entscheidung über Öko-Strom zu treffen. Er schlage daher das gleiche Verfahren wie zu Tagesordnungspunkt drei und damit die Verweisung in den Fachausschuss vor.

Marcel Knuppertz freue sich, dass die Anfrage der SPD-Ratsfraktion vom 18.03.2021 durch die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgenommen worden sei. Hinsichtlich des Antrages habe er zwei Fragen. Wichtig sei zu klären, wie Öko-Strom definiert werde, da bspw. in Frankreich auch Atom-Energie als Öko-Strom deklariert werde. Weiterhin wolle er wissen, ob nur die Liegenschaften oder auch die Straßenlaternen mit Öko-Strom versorgt werden sollen.

Thomas Siegers erklärt, dass das Thema auf der Prioritätenliste stünde. Es würden auch die Straßenlaternen berücksichtigt. Die Frage, welches Label berücksichtigt werden solle, müsse geklärt werden. Zudem müssten die Mehrkosten abgewägt werden.

Jochen Andretzky erklärt, dass im Antrag einige Label konkret benannt seien. Das Umweltbundesamt habe eine Handreichung zur Ausschreibung von Stromlieferverträgen herausgegeben. Der Antrag sei als „Fingerzeig“ gedacht, in diese Richtung nachzudenken. Hinsichtlich der CO₂-Besteuerung werde konventioneller Strom teurer, sodass Ökostrom möglicherweise auch wirtschaftlich interessanter werde.

Der Beigeordnete Georg Onkelbach stellt fest, dass allgemeiner Konsens sei, verstärkt Überlegungen in Richtung Öko-Strom anzustellen. Der Zeitplan sei eng getaktet. Die Vorgabe des Umweltbundesamtes sei bekannt. Für Ladesäulen und Wallboxen gebe es nur beim Bezug von Öko-Strom Zuschüsse. Es müsse vieles berücksichtigt werden. Die Bewertung der Mehrkosten sei schwierig. Es gehe um eine grundsätzliche Positionierung bei diesem Thema.

Thomas Betz erkundigt sich nach den im Antrag benannten Labeln, woraufhin Jochen Andretzky diese kurz erläutert. Statt der Benennung von konkreten Labeln könnten in der Ausschreibung allgemeine Kriterien beschrieben werden.

Bürgermeister Marc Venten schlägt vor, die Entscheidung im zuständigen Fachausschuss zu treffen und hierfür alles vorzubereiten.

Jochen Andretzky erklärt sich mit der Verweisung in den Fachausschuss einverstanden.

5. Antrag Ratsfraktion Die Aktive vom 12.04.2021 hier: Fortführung der Grundwasserverträge

Hanns-Lothar Endell (Die Aktive) führt aus, dass der Antrag nicht neu sei, sondern im Hauptausschuss am 25.03.2021 in ähnlicher Form beraten worden sei. Es fehlten 450 Unterschriften, daher bestehe großer Handlungsbedarf.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass bereits am 30.04.2021 eine Postwurfsendung an alle Haushalte versendet werden könnte. Hier gebe es zwei verschiedene Schreiben, eins für die betroffenen Ortsteile und eins für alle anderen. Es sei auch eine solidarische Erklärung möglich. Man wolle ausloten, ob die Bereitschaft von Nicht-Betroffenen zur Unterstützung vorhanden sei. Ein personalisiertes Schreiben sei nicht möglich. Dennoch werde deutlich, dass es sich um ein städtisches Schreiben und kein Werbepost handle.

Hanns-Lothar Endell habe gegen die vorgeschlagene Vorgehensweise keine Bedenken und halte es für eine gute Idee, alle Haushalte anzuschreiben.

Bürgermeister erklärt, dass der Mindestbetrag von Nicht-Betroffenen 25 € betrage. Diese kämen in einen Topf, sodass flexibel darauf reagiert werden könne, wo Verträge fehlen.

Thomas Siegers stimmt dem Verfahren zu. Als nächsten Schritt regt er eine Plakataktion im Juni an, sofern die Verträge bis dahin nicht ausreichen sollten.

Bürgermeister Marc Venten bestätigt, darüber nachzudenken, wenn die Verträge nicht ausreichen.

Jochen Andretzky schließt sich der Unterstützung zum vorgeschlagenen Verfahren an.

Bürgermeister Marc Venten weist abschließend darauf hin, dass es für die Umsetzung der Maßnahme keines Dringlichkeitsbeschlusses bedürfe.

6. Darlehensbericht zum 31.12.2020

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers verweist auf die Anlage der Sitzungsvorlage. Bis 2028 sei ein Liquiditätskredit von 15 Mio. Euro abgesichert. Bzgl. des anderen Liquiditätsvertrages sei man auf der Suche nach einer Verlängerung und stehe in Verhandlungen.

7. Vorlage des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 nebst Anhang und Lagebericht gemäß § 95 GO NRW

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erläutert die Sitzungsvorlage sowie das Vorgehen. Erfreulich sei der Abschluss mit einem Überschuss von einer Mio. Euro, ohne coronabedingte Schäden zu isolieren. Hier seien Hilfen sowie die gestiegenen Gewerbesteuereinnahmen ursächlich.

Bürgermeister Marc Venten ergänzt, dass das Ergebnis deutlich besser ausgefallen sei, als befürchtet. Dies liege auch an der Unterstützung des Landes.

Thomas Siegers erklärt das Ergebnis vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen für herausragend. Man komme unerwartet gut durch die Krise. Die Schwierigkeit steige nun jedoch. Es gebe viele Faktoren, die nicht beeinflusst werden könnten. Der gute Abschluss sei Ergebnis solider Haushaltspolitik sowie der Verwaltung. Dieser dankt er.

Bürgermeister Marc Venten merkt an, dass Nachhaltigkeit in aller Munde sei. Eine solide Finanzpolitik habe viel mit Nachhaltigkeit zu tun, da dadurch den Nachkommen kein Schuldenberg hinterlassen werde. Die Arbeit zahle sich aus.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass für den Beschluss eine Dringlichkeitsentscheidung notwendig sei. Dem Vorschlag, den Beschluss im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen, wird einstimmig zugestimmt.

8. Vorlage des Controllingberichtes der Stadt Korschenbroich zum 15.04.2021 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers verweist auf seine Ausführungen zum Jahresabschluss.

9. Überörtliche Prüfung der Stadt Korschenbroich im Jahr 2020 hier: Stellungnahme der Verwaltung zu den Feststellungen und Empfehlungen der gpaNRW im Prüfbericht - Vorlage wird nachgereicht -

Bürgermeister Marc Venten verweist auf die Vorberatung im Rechnungsprüfungsausschuss. Der Vergabearbeitskreis habe am 28.04.2021 über die Empfehlungen der gpaNRW beraten.

Carolin Kreuels erläutert kurz die Änderungen der Stellungnahmen der Verwaltung, die sich nach dem Vergabearbeitskreis gegenüber der dem Rechnungsprüfungsausschuss vorgestellten Version ergeben haben.

Bzgl. der vorgeschlagenen Änderungen werden keine Bedenken geäußert.

Jochen Andretzky bittet darum, einen Bericht über die Beratungen des Vergabearbeitskreises dem Rechnungsprüfungsausschuss am 26.08.2021 vorzulegen.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass für den Beschluss eine Dringlichkeitsentscheidung notwendig sei. Dem Vorschlag, den Beschluss im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen, wird einstimmig zugestimmt.

10. Verzicht auf Elternbeiträge für die Ganztagsbetreuung an Schulen für die Monate Mai und Juni 2021 aufgrund der Corona-Pandemie

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass das Thema nicht ganz neu sei. Das Land befinde sich bereits in Verhandlungen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers ergänzt, dass das Land nach eigener Aussage in Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden stehe. Bisher gehe es dabei nur um die Kindertagesstätten, die Erfahrung habe jedoch gezeigt, dass es eine entsprechende Regelung immer auch für die offenen Ganztagschulen gebe.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass für den Beschluss eine Dringlichkeitsentscheidung notwendig sei. Dem Vorschlag, den Beschluss im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen, wird einstimmig zugestimmt.

11. Antrag Ratsfraktionen CDU und SPD vom 28.04.2021 hier: Anschaffung von CO2-Ampeln

Thomas Siegers erläutert, dass der Antrag sehr kurzfristig gestellt worden sei. Dieser sei Ergebnis der Beratungen der digitalen Informationsveranstaltung des Ausschusses für Bildung, Soziales, Familie und Senioren am 27.04.2021. Je schneller solche Geräte da seien, desto größer sei deren Nutzen. Die Finanzierung könne über das laufende Budget erfolgen. Sollte dies nicht möglich sein, könnte die Maßnahme coronabedingt aus dem Haushalt isoliert werden.

Marcel Knuppertz schließt sich seinem Vorredner an. Bereits im Oktober sowie November 2020 sei die Maßnahme innerhalb der Haushaltsberatungen thematisiert worden. Die Geräte seien ein wichtiger Baustein für die Sicherheit in Kindertagesstätten und Schulen.

Jochen Andretzky schließt sich seinen Vorrednern an. Das Thema sei seit Oktober 2020 an verschiedenen Stellen immer wieder diskutiert worden. Er unterstütze den Antrag. Er bittet darum, die Geräte hinsichtlich der Konzeption vernünftig zu beschaffen. Eine Kalibrierung der Geräte müsse bspw. möglich sein.

Thomas Betz halte es für ein wichtiges Thema. Lüften sei auch ohne Corona wichtig. Er weist auf eine CO₂-App des DGUV hin, welche einen Rechner sowie Timer enthalte. Auf Grundlage der räumlichen Gegebenheiten berechne diese die notwendige Lüftungsfrequenz. Er regt an, die App zu testen und als kostenlose Alternative zu prüfen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers sichert zu, den Hinweis an die Schulen weiterzuleiten. Für die Gruppenräume der Kindertagesstätten halte er die App jedoch für schwierig einsetzbar. In Kaarst habe ein Gerät bis zu 170 € gekostet, wodurch Kosten in Höhe von bis zu 50.000 € auf die Stadt zukommen könnten. Falls das Budget überschritten würde, würde die Maßnahme coronabedingt isoliert oder eine ÜPL beantragt.

Bürgermeister Marc Venten weist darauf hin, dass für den Beschluss eine Dringlichkeitsentscheidung notwendig sei. Dem Vorschlag, den Beschluss im Wege einer Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen, wird einstimmig zugestimmt.

12. Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen der Verwaltung gemacht.

13. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Die digitale Informationsveranstaltung des Hauptausschusses ist gegen 19.25 Uhr beendet.

gez.
Carolin Kreuels
Schriftführerin

gez.
Marc Venten
Bürgermeister